

Winterthur und Zürich, 15. November 2004

KR-Nr. 392/2004

POSTULAT von Ursula Braunschweig-Lütolf (SP, Winterthur), Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) und Susanna Rusca Speck (SP, Zürich)

betreffend Ausbau und Finanzierung von Berufs- und Sozialintegrationsprojekten für arbeitslose junge Erwachsene nach der Lehre

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Kapazität schon bestehender kommunaler und privater Berufs- und Sozialintegrationsprojekte für junge Erwachsene, die nach Beendigung der Lehre arbeitslos sind, auszubauen.

Ursula Braunschweig-Lütolf
Ralf Margreiter
Susanna Rusca Speck

Begründung:

Berufs- und Sozialintegrationsprojekte an dieser Nahtstelle bieten wertvolle Dienste, indem sie Lehrabgängerinnen/-abgänger ohne Anschlusslösung bei der Stellensuche tatkräftig unterstützen. Abgesehen vom immer schwieriger gewordenen Unterfangen, eine an die Lehre anschliessende Stelle zu finden, ist es in den letzten Jahren auch immer schwieriger geworden, arbeitslose junge Menschen zu integrieren, fehlt es doch auch immer mehr an einfachen Jobs und Nischenarbeitsplätzen.

Die genannten Stellen und Programme haben zum Ziel, den Jugendlichen die vorübergehend schwierige Situation überbrücken zu helfen und sie in einem Arbeitsprozess zu begleiten. Sie ermutigen junge Erwachsene, die aus verschiedenen Gründen nach der Lehre ohne Stelle sind, nicht aufzugeben und nach Alternativen Ausschau zu halten. Beschäftigungsprogramme zur beruflichen und sozialen Integration helfen, die Frustration zu dämpfen und bieten den jungen Menschen einen strukturellen Rahmen. So können sie weitgehend dazu beitragen, dass die Erfahrung der Arbeitslosigkeit im jungen Alter nicht zu psychischer Erkrankung und Desintegration führt.

Berufs- und Sozialintegrationsprogramme beschäftigen Mitarbeiterinnen/-arbeiter, die mit der spezifischen Situation jugendlicher Arbeitsloser vertraut sind. Sie sollen gefördert und finanziell unterstützt werden.

Es lohnt sich, alles gegen eine Sockelarbeitslosigkeit zu unternehmen, von welcher vorwiegend junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 24 Jahren bedroht sind. Es lohnt sich für alle Beteiligten, für die ganze Gesellschaft.

392/2004